

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>		
53 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	325	
54 Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 50 („Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“) vom 28. Sep. 2009 im Gebiet der Gemeinde Bad Essen vom 13. Juli 2020	326	
55 Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 49 („Teutoburger Wald“) vom 16. Febr. 2004 im Gebiet der Gemeinde Hagen a.T.W. vom 13.07.2020	326	
	56	Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Hochwasserschutz Fürstenaauer Graben) 331
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>		
209 Satzung über eine Veränderungssperre in der <b>Gemeinde Menslage</b> für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 "Menslage-Mitte"		331
210 Amtliche Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften der <b>Stadt Bramsche</b>		332

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

53

## Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 117 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328) geprüft.

Aktenzeichen: 11-wal-04684-20  
Antragsteller: Ernst Linnemann  
Baugrundstück: Wallenhorst, Dörper Damm 8a  
Gemarkung: Rulle  
Flur: 7 7  
Flurstück(e): 7/1 323/7

**Neubau eines Güllehochbehälters (Standortänderung);  
Nachtrag zur BImSchG-Genehmigung vom 04.06.2020;  
Az.: 4274-19**

Geplant ist die Standortverschiebung des neu geplanten Güllehochbehälters mit Kunststoffdach mit einem Fassungsvermögen von 1.200 m<sup>3</sup> in der Gemeinde Wallenhorst, Gemarkung Rulle, Flur 7, Flurstücke 7/1 und 323/7.

Auf dem Betrieb sind 238 Sauenplätze (niedertragend, leer), 88 Sauenplätze (ferkelführend), 20 Jungsauenplätze, 892 Ferkelaufzuchtplätze und 768 Mastschweineplätze genehmigt. Daher ist gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG für die Änderung des Vorhabens eine standortbezogene UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen kann eine potentielle Betrof-

fenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützten Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleen, nach § 29 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Ebenso sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG sowie gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG zu erwarten.

Das Vorhaben befindet sich innerhalb des Landschaftsschutzgebiet „Naturpark nördlicher Teutoburger Wald-Wiehengebirge“ und besitzt laut Landschaftsrahmenplan des Landkreises Osnabrück von 1993 die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet. Da es sich bei dem Vorhaben um die (Standortverschiebung der) Errichtung eines 5 m hohen Güllehochbehälters handelt, sind grds. Auswirkungen auf das Landschaftsbild denkbar. Durch die geplanten Eingrünungsmaßnahmen direkt um den Behälter und die Errichtung direkt in Hofnähe sind aber keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild zu erwarten.

In ca. 140 m und 360 m Entfernung befinden sich Gewässer, bei denen es sich um Biotope handelt (Naturnah. Abbau-Gewässer (353), Nährstoffreiche Nasswiese (341)). Durch das Vorhaben werden diese Biotope allerdings nicht beeinträchtigt.

Es sind insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu

erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.09.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020

54

**Verordnung**  
**zur Änderung der Verordnung zum Schutz von**  
**Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 50**  
**(„Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker**  
**Hügelland“) vom 28. Sep. 2009 im Gebiet**  
**der Gemeinde Bad Essen**  
**vom 13. Juli 2020**

Aufgrund des § 19 in Verbindung mit §§ 14, 31 und 45 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetzes vom 19. Feb. 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3, § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird verordnet:

**§ 1**

Im Gebiet der Gemeinde Bad Essen wird die Grenze des Geltungsbereiches der Verordnung vom 28. Sep. 2009 über das Landschaftsschutzgebiet OS 50 „Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“ entsprechend der Eintragung in der Detailkarte (Maßstab 1 : 5.000) neu festgelegt. Die schwarze Linie an der Innenseite des grauen Bandes kennzeichnet die Grenze des Schutzgebietes.

Der durch die Änderung betroffene Teilbereich des Landschaftsschutzgebietes ist der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25.000 zu entnehmen.

**§ 2**

Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung, die im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück veröffentlicht ist.

Die Verordnung und die Karten liegen vom Zeitpunkt der Bekanntmachung an beim Landkreis Osnabrück - untere Naturschutzbehörde - während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Eine weitere Ausfertigung kann bei der Gemeinde Bad Essen während der Dienststunden eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist kostenfrei.

**§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Osnabrück, den 15.07.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Anna Keschull  
(Landrätin)

Karten Seite 327 + 328

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020

55

**Verordnung**  
**zur Änderung der Verordnung zum Schutz von**  
**Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 49**  
**(„Teutoburger Wald“) vom 16. Febr. 2004 im**  
**Gebiet der Gemeinde Hagen a.T.W.**  
**vom 13.07.2020**

Aufgrund des § 19 in Verbindung mit §§ 14, 31 und 45 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetzes vom 19. Feb. 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3, § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird verordnet:

**§ 1**

Im Gebiet der Gemeinde Hagen a.T.W. wird die Grenze des Geltungsbereiches der Verordnung vom 16. Febr. 2004 über das Landschaftsschutzgebiet OS 49 „Teutoburger Wald“ entsprechend der Eintragung in den Detailkarten (Maßstab 1 : 5.000) neu festgelegt. Die schwarze Linie an der Innenseite des grauen Bandes kennzeichnet die Grenze des Schutzgebietes.

Der durch die Änderung betroffene Teilbereich des Landschaftsschutzgebietes ist in der Detailkarte schraffiert dargestellt.

**§ 2**

Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung, die im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück veröffentlicht ist.

Die Verordnung und die Karten liegen vom Zeitpunkt der Bekanntmachung an beim Landkreis Osnabrück - untere Naturschutzbehörde - während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Eine weitere Ausfertigung kann bei der Gemeinde Hagen a.T.W. während der Dienststunden eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist kostenfrei.

**§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

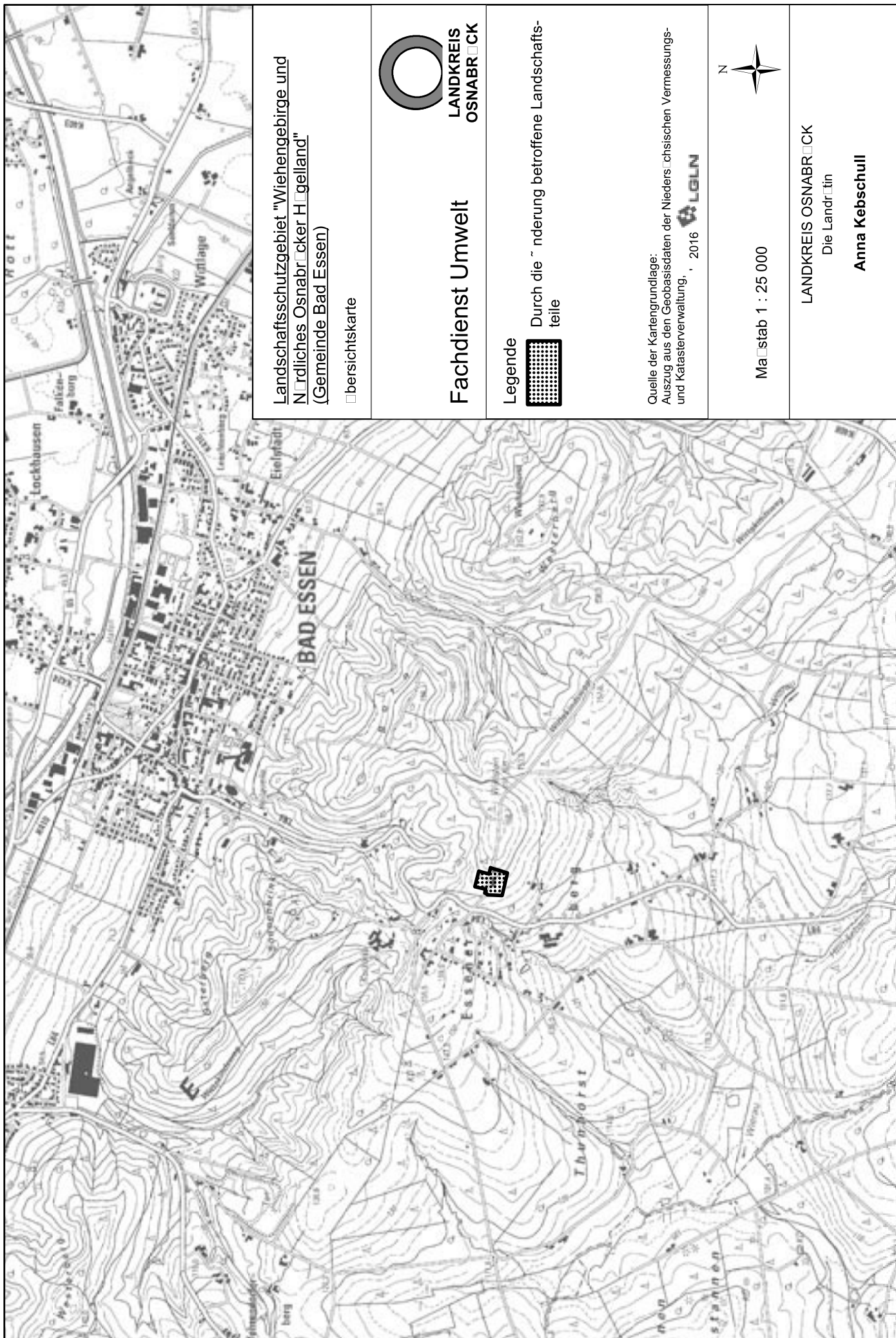
Osnabrück, den 15.07.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Anna Keschull  
(Landrätin)

Karten Seite 329 + 330

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020





Landschaftsschutzgebiet "Wiehengebirge und  
Nördliches Osnabrücker Heidegebiet"  
(Gemeinde Bad Essen)

bersichtskarte



LANDKREIS  
OSNABRÜCK

Fachdienst Umwelt

Legende



Durch die Änderung betroffene Landschafts-  
teile

Quelle der Kartengrundlage:  
Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs-  
und Katasterverwaltung, 2016

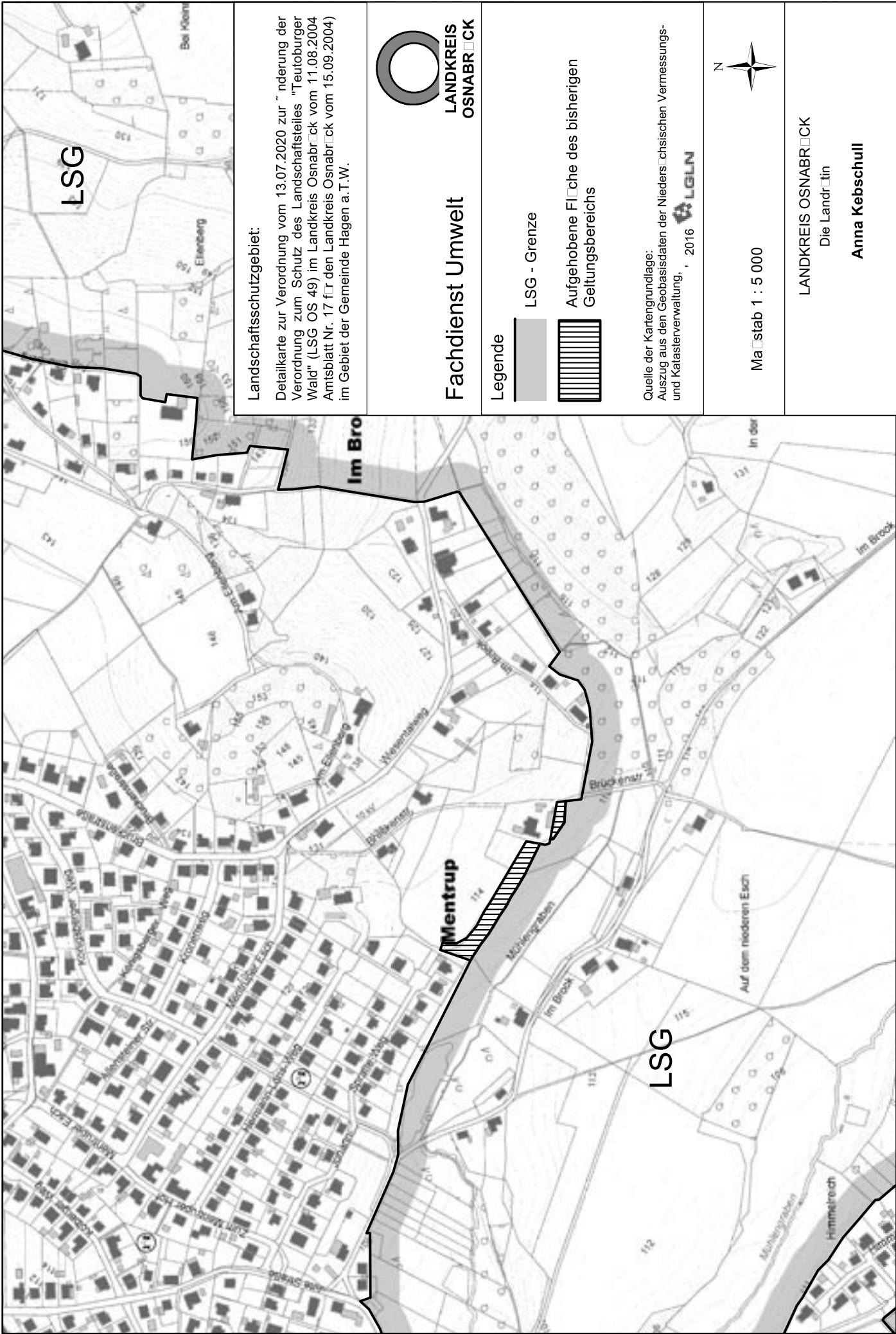


Maßstab 1 : 25 000

LANDKREIS OSNABRÜCK

Die Landrätin

**Anna Kebschull**



**Landschaftsschutzgebiet:**

Detailkarte zur Verordnung vom 13.07.2020 zur Änderung der Verordnung zum Schutz des Landschaftsteiles "Teutoburger Wald" (LSG OS 49) im Landkreis Osnabrück vom 11.08.2004 Amtsblatt Nr. 17 für den Landkreis Osnabrück vom 15.09.2004) im Gebiet der Gemeinde Hagen a.T.W.



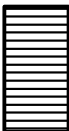
**LANDKREIS  
OSNABRÜCK**

**Fachdienst Umwelt**

**Legende**



LSG - Grenze



Aufgehobene Fläche des bisherigen  
Geltungsbereichs

Quelle der Kartengrundlage:  
Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs-  
und Katasterverwaltung, 2016



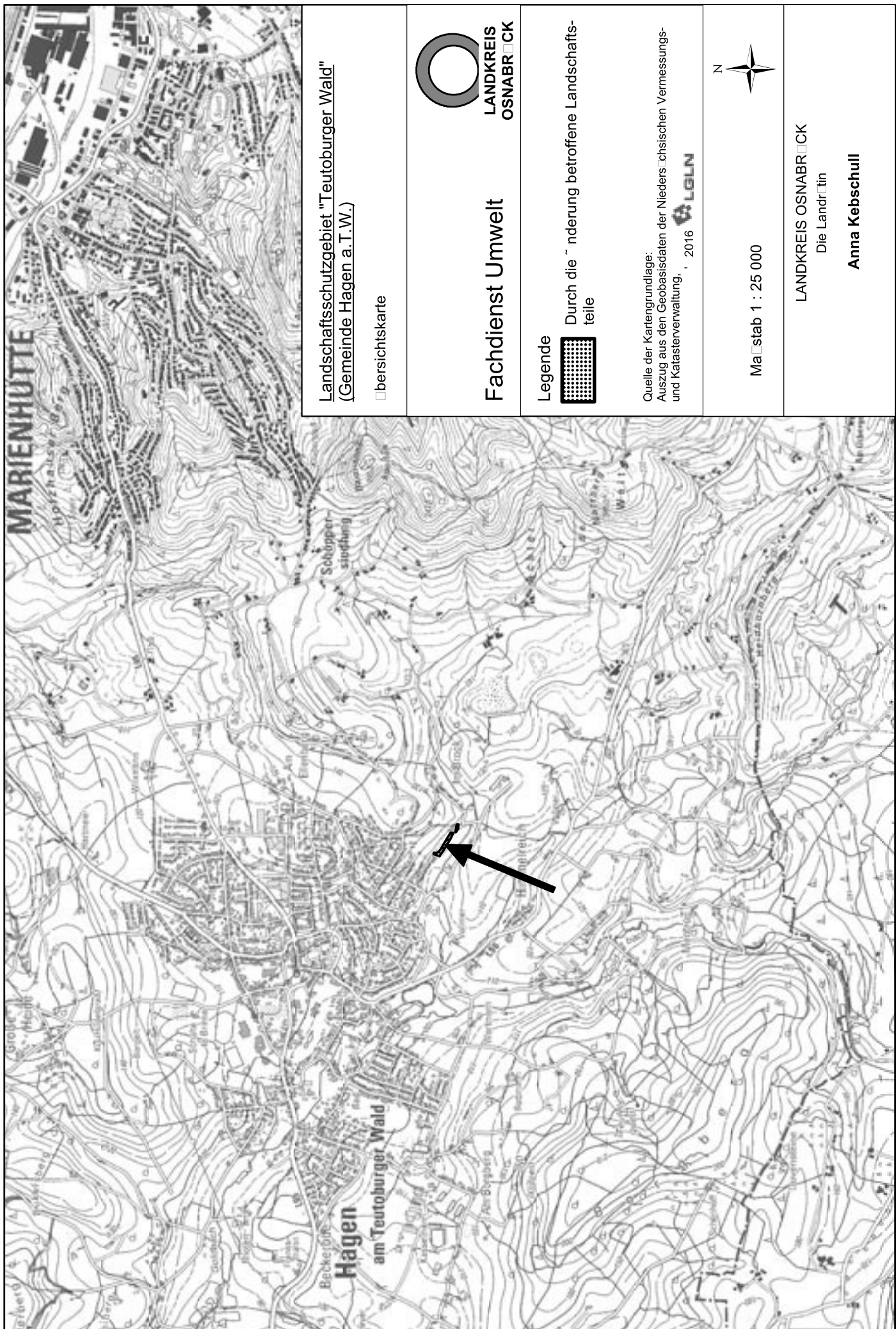
N

Maßstab 1 : 5 000

**LANDKREIS OSNABRÜCK**  
Die Landrätin

**Anna Kebschull**





## Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Hochwasserschutz Fürstenauer Graben)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Es wurde die Anlegung zweier Hochwasserschutz-Trockenbecken, die Erneuerung eines Staubauwerkes sowie die Errichtung eines Staubauwerkes und die Verlegung und naturnahe Gestaltung eines Grabens in der Stadt Fürstenau im Bereich der Bebauungspläne Nr. 19 und Nr. 48 beantragt.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Das Grundwasser ist vom Vorhaben nicht betroffen.

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Denkmäler liegen nicht im Einwirkungsbereich. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Umweltverschmutzungen und Belästigungen sind nicht zu befürchten. Es sind weder Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen noch Risiken für die menschliche Gesundheit zu erwarten. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Das Vorhaben wird das Landschaftsbild nicht verändern. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Zur Vermeidung von schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt wird ein bestehendes Wehr durch eine Sohlgleite ersetzt. Das Vorhaben führt zudem dazu, dass zu befürchtende Schäden bei Hochwasser reduziert werden und das Schutzgut Wasser insgesamt positiv beeinflusst wird.

Die Bodenfunktionen werden nach Abschluss der Bauarbeiten teilweise wiederhergestellt. Die Böden, auf denen die Bodenfunktionen dauerhaft beseitigt werden, sind von keinem besonderen Wert und sind lokal nicht selten. Die Versiegelung wurde auf ein Minimum beschränkt. Unter der Voraussetzung, dass anfallende Abfälle (Bodenaushub) ordnungsgemäß entsorgt werden, sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu befürchten.

Die Vorhabenfläche befindet sich innerhalb der festgesetzten Bebauungspläne Nr. 48 und Nr. 19. Der Flächenverbrauch durch Versiegelung wird auf ein Mindestmaß begrenzt.

Besonders und streng geschützte Arten werden voraussichtlich nicht beeinträchtigt. Die Vorhabenfläche steht nach dem Bau der Natur wieder zur Verfügung. Die beeinträchtigten Funktionen können sich dadurch regenerieren und stehen wieder als Lebensraum zur Verfügung.

Es sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 27.08.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Fachdienst Umwelt  
Die Landrätin  
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020

### B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände

209

## **Satzung** **über eine Veränderungssperre** **in der Gemeinde Menslage** **für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes** **Nr. 11 "Menslage-Mitte"**

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Menslage in seiner Sitzung am 31.08.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

### § 1

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 "Menslage-Mitte" wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 1,815 ha und wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden durch die nördlichen Grenzen der Grundstücke Quakenbrücker Straße 1 und Hauptstr. 2 – 6, im Osten durch die östliche Grenze des Grundstücks Quakenbrücker Straße 1, im Süden durch die Quakenbrücker Straße sowie im weiteren südwestlichen Verlauf durch die südliche Grenze des Grundstücks Hauptstraße 1 in gerader Verlängerung durch die Grundstücke Hauptstraße 3 – 9 sowie im Westen durch die westliche Grenze des Grundstücks Hauptstraße 9.

## § 2

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

**Menslage**, den 01.09.2020

**Gemeinde Menslage**

Die Bürgermeisterin

Schmidt

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020

**210**

### **Amtliche Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften der Stadt Bramsche**

Der Rat der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 26.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften, einschl. Begründung als Satzung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Bei dem Bebauungsplan fand das Verfahren gem. § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren“ Anwendung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften ist in dem nachstehenden Planausschnitt durch Umrandung kenntlich gemacht.

**Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 168, „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften, (Auf dem Damm, Penter Weg, Am Papenbruch)**



Der Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch, mit örtlichen Bauvorschriften einschl. Begründung tritt mit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 17, für den Landkreis Osnabrück am 15.09.2020 gemäß § 10 BauGB in Kraft.

Der o.g. Bauleitplan liegt ab sofort im Fachbereich 4 – Stadtentwicklung, Bau und Umwelt -, Rathaus, Hasestraße 11, 49565 Bramsche, Zi. O 55, aus und kann während der Servicezeiten eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des o. g. Bauleitplanes Auskunft erlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass wenn nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 215 Abs. 2 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB schriftlich gegenüber der Stadt Bramsche unter Darlegung des begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind, diese unbeachtlich werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Bramsche**, den 01.09.2020

**Stadt Bramsche**

Der Bürgermeister

Pahlmann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 17, 15. September 2020